

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/89

13. Mai 1975

Der Mensch kommt vor Standesinteressen

Notwendige Anmerkungen zum 78. Deutschen Ärztetag

Von Friedel Lüppla MdL

Vorsitzender der Kommission Gesundheitspolitik beim  
SPD-Vorstand und Vorsitzender der SPD Saar

Seite 1 und 2 / 55 Zeilen

Empörung allein hilft nicht weiter

Nur beharrliches Verhandeln bringt die Normalisierung  
näher

Seite 3 / 28 Zeilen

Entwicklungshilfe und Rohstoffversorgung

Junktims würden schaden, Interessenausgleich ist möglich

Von Erwin Stahl MdB

Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestags-  
fraktion

Seite 4 und 5 / 70 Zeilen

Modell für die Offenheit der EG

Europa-Sozialisten konferierten mit jugoslawischer  
Prominenz

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 6 und 7 / 52 Zeilen

Bildungspolitische Zweigleisigkeit der CDU

JU-Chef Wissmann kollidiert mit der CDU/CSU-Fraktion

Seite 8 / 41 Zeilen

Chefredaktion: Dr. Eberdt Eckert

5300 Bonn 12, Neussallee 2-10  
Postfach: 120 403  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 37 80 37 - 38  
Telex: 08 88 846 - 48 pbbnd

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 88 11

Der Mensch kommt vor Ständeinteressen

Notwendige Anmerkungen zum 78. Deutschen Ärztetag

Von Friedel Lüppla MdL

Vorsitzender der Kommission Gesundheitspolitik beim SPD-Vorstand  
und Vorsitzender der SPD Saar

Es ist schon ein seltsames Selbstverständnis, das die offiziellen Vertreter der Ärzteschaft auf dem 78. Deutschen Ärztetag in Hamburg zeigten. Symptomatisch dafür ist ein Beschluß zur "Verpflichtung zu Hausbesuchen". In ihm heißt es u.a.: "Die grundsätzliche Verweigerung eines Hausbesuches stellt...eine schwere Ansehensschädigung der Ärzte in der Öffentlichkeit dar..." Kein Wort davon, daß durch eine solche Haltung Gesundheit und Leben des Patienten bedroht sein könnte.

Nun scheint der Patient ohnehin das Stiefkind der ärztlichen Ständepolitik zu sein - gerade gut genug, als Schutzschild zur Verteidigung von Privilegien. Auch dafür Beispiele. So führte der wiedergewählte Präsident der Bundesärztekammer Prof. Dr. Hans Joachim Sewering in seiner Festansprache aus: "Wenn auch dieser Ärztetag sich wiederum mit aller Entschiedenheit für die Aufrechterhaltung des Sicherstellungsauftrages, für die Vertragsfreiheit und für die freie Arztwahl eingesetzt hat, so verteidigen wir damit zwar zentrale Rechte unseres Landes; wir verteidigen damit aber in erster Linie die Rechte unserer Patienten, die in den vergangenen Jahrzehnten bis zum heutigen Tag die eigentlichen Nutzniesser dieses Systems der ärztlichen Versorgung gewesen sind und weiterhin auch sein sollen."

Wie diese Verteidigung der "Rechte unserer Patienten" aussieht, stellte der Ärztetag mit seinen Beschlüssen selbst unter Beweis: Ablehnung von Niederlassungsbeschränkungen auch um den Preis, daß die Patienten ganzer Regionen unter ärztlicher Unterversorgung leiden; Ablehnung staatlicher Eingriffe in eine notwendige Bedarfsplanung; Ablehnung von Plänen, den Krankenkassen als letztes Mittel die Errichtung von Eigeneinrichtungen zu gestatten; Ablehnung einer Regelung und Kontrolle der ärztlichen Fortbildung

durch die kassenärztlichen Vereinigungen; Ablehnung der Zulassung von Polikliniken an Lehrkrankenhäusern.

Angesichts solcher Beschlüsse darf es nicht verwundern, daß Vorstellungen der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASÄ) des "Orientierungsrahmens '85" und des DGB zur Réform des Gesundheitswesens als Konzepte "totaler Planwirtschaft" abgetan wurden, die "weder ein Horrorgemälde noch eine gesundheits- und sozialpolitische Utopia" darstellten (KBV-Vorsitzender Dr. Hans-Wolf Muachalik). Und für Prof. Sewering ist gar so etwas wie der Untergang des Abendlandes nahe: "Es liegt in der Hand der politischen Kräfte unseres Landes, ob der freie Beruf des Arztes noch eine Chance hat. Sollte er untergehen, dann ist das Ende für diese allein lebenswerte Form menschlicher Gemeinschaft eingelutet."

Wir Sozialdemokraten haben jetzt und in der Vergangenheit immer wieder klar gemacht, daß wir im Interesse der Menschen in unserem Lande an einer guten Zusammenarbeit mit der Ärzteschaft interessiert sind. Solche Bekenntnisse scheinen aber von gewissen Standesvertretern dahin mißverstanden worden zu sein, daß wir um des lieben Friedens willen schweigen werden, wenn es darum geht, Mißstände aufzudecken und für ihre Beseitigung zu sorgen. Vielleicht muß darum gerade jetzt unter dem frischen Eindruck des Hamburger Ärztetages betont werden:

Im Mittelpunkt aller politischen Überlegung der deutschen Sozialdemokratie steht der Mensch und nicht die egoistische Interessenlage irgendeiner Standesvertretung. Sozialdemokratische Gesundheitspolitik, wie sie seit Jahren betrieben und jetzt in den zuständigen Ressorts und Parteigremien fortgeschrieben wird, orientiert sich an diesem Grundsatz. Wenn sich eine solche Haltung nicht nur bei der jungen Ärztegeneration, sondern in der Ärzteschaft generell durchsetzt, dann wird es hoffentlich möglich sein, von Schaufensterdeklamationen Hamburger Prägung zu gemeinsamer Sachdiskussion überzugehen. Die Bedeutung einer fortschrittlichen Gesundheitspolitik für unser Land und seine Menschen würde diese gemeinsame Anstrengung erfordern.

(-/13.5.1975/ks/pr)

+ + +

Empörung allein hilft nicht weiter

Nur beherrliches Verhandeln bringt die Normalisierung näher

Die Jubelhöre, mit denen die offizielle DDR anlässlich des 30. Jahrestages der Kapitulation des Hitler-Reiches ihr vorgebliches Bündnis mit Historie und Humanität zu Nutz und Frommen endlich eines wahren, guten Staates deutscher Nationalität bekunden ließ, waren kaum verstummt, da ließen die Wachtposten dieses Bollwerks aller Kräfte des Guten und Fortschrittlichen ein Kind ertrinken, um einer unverständlichen, makabren Auffassung von staatlicher Souveränität Genüge zu tun. Bedrückender kann die innerdeutsche Problematik eine Generationen-Spanne nach dem Neuanfang auf den Trümmern des Reiches kaum deutlich werden.

Einhellig wurde im Westen der tödliche "Zwischenfall" an der Berliner Sektorengrenze verurteilt; und der zynische Kommentar der DDR-Nachrichtensagentur ADN, der Senat trage eigentlich die Verantwortung, weil an seiner Haltung angeblich eine Vereinbarung über Rettungsmaßnahmen an der Grenze bisher gescheitert sei, entspricht nicht der wirklichen Meinung der Menschen im Osten. Dagegen ist die Behauptung, es bestehe der Eindruck, man habe im Westen bewußt Maßnahmen zur Verhütung von Unglücksfällen an bestimmten Abschnitten der Grenzgewässer unterlassen, "damit derartige Vorkommnisse zur Hetze gegen die DDR ausgenutzt werden können", entlarvend für eine bestimmte Einstellung zum Individuum und zur Menschlichkeit im politischen Agieren.

Empörung allein kann aber keine Zustände verbessern. Der Berliner Senat wird jetzt seine Anstrengungen noch verstärken, um endlich ein Abkommen über Erste Hilfe bei Unglücken in Grenzgewässern zu erreichen. Mehr kann nicht unternommen werden. Nur über praktische Regelungen, Schritt für Schritt ist die Situation zu entkrampfen, im Interesse der Menschen zu normalisieren.

Claus Preller  
(-/13.5.1975/bgy/ee)

+ + +

### Entwicklungshilfe und Rohstoffversorgung

---

Junkttime würden schaden, Interessenausgleich aber möglich

Van Erwin Stahl MdB

Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Diskussion über die Rohstofflage und Versorgung der Bundesrepublik spielt seit der Ölkrise und der Rohstoffhaussse eine nicht unwesentliche Rolle im Zusammenhang mit der Entwicklungspolitik. Auch wir sind, direkt oder indirekt, mit rund 50 vH unserer Rohstoffversorgung von den Entwicklungsländern abhängig. Die Krisis und die Verknappung haben deutlich gezeigt, wie stark Handelsströme gestört werden können, wenn man wie die Bundesrepublik zwischen 70 und 100 Prozent der meisten Rohstoffe importieren muß. Diese Frage der Versorgungssicherheit sollte deshalb nicht aufgeschoben werden. Kann dabei die öffentliche Entwicklungshilfe eine Schlüsselrolle spielen, wie es manche wünschen, oder gerät sie dabei etwa - wie es andere befürchten - in die Gefahr, als Werkzeug der Rohstoffpolitik mißbraucht zu werden?

Auf dem Rohstoffsektor wurden bisher über 80 Vorhaben der Technischen Hilfe mit rund 220 Millionen DM gefördert, zusätzlich zehn Projekte der Kapitalhilfe mit einem Volumen von 230 Millionen DM. Das entspricht, gemessen am Gesamtbetrag der öffentlichen Entwicklungshilfe, einem Prozentsatz von 1,8. Daß der berechtigte Wunsch besteht, diesen Anteil zu erhöhen, ist verständlich. Diese Mittel wurden eingesetzt für: Geologische Basisinformationen, Prospektion, Durchführbarkeitsstudien für konkrete Lagerstätten, Abbauplanung, bergmännische Aufschlußarbeiten und vieles mehr. Die Entwicklungsländer werden also beraten und unterstützt, ihre Bodenschätze zu erkennen, zu erschließen und möglichst rationell zu nutzen. Ob und wie weit ein Projekt gefördert wird, entscheidet der erwartete Nutzen für das Entwicklungsländ allein.

Entwicklungshilfe kann in diesem Bereich also Ansatzpunkte auffinden, die den Informationsstand z.B. über neue Lagerstätten verbessern, die außerdem Abbau und Infrastrukturkosten erst rentabel und das Risiko tragbar machen. Darüber hinaus ist es ihr durchaus möglich, Vertrauen, Verhandlungsklima für langfristige Lieferverträge, für Privatinvestitionen und Kooperationen zu schaffen. Das kann aber nur funktionieren, wenn man diskret und korrekt vorgeht. Junkttime zwischen Kapitalhilfe und Lieferverpflichtungen stärken nur die Vorurteile gegenüber Privatinvestitionen in Entwicklungsländern und wecken Argwohn vor Übervorteilung. Deshalb wird sich die

Entwicklungshilfe dort Vertrauenskapital schaffen, wo außer Zweifel steht, daß sie primär dem Fortschritt des Entwicklungslandes dient. Dabei kann auch in Kauf genommen werden, daß nicht alle Projekte unmittelbar einen Beitrag zur Rohstoffversorgung der BRD leisten, indirekt erweitert sich nämlich die Versorgung durch das Angebot auf dem Weltmarkt. Die künftige Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rohstofferschließung erfordert heute dreierlei: politisches Einverständnis des Entwicklungslandes gepaart mit Vertrauen, leistungsfähige Technologien und große Kapitalbeträge.

Daraus folgt aber auch, daß Entwicklungshilfe qualitativ sowie quantitativ nicht geeignet und in der Lage ist, die Rohstoffversorgung zu sichern. Hier sollte durch geeignete Maßnahmen außerhalb der öffentlichen Entwicklungshilfe, wie Privatengagement der Wirtschaft, Anreize aus öffentlichen Mitteln außerhalb der Entwicklungshilfe eingegriffen werden. Tatsächlich bevorzugte die Privatwirtschaft bisher den bequemeren Weg über die Londoner Börse. Zugegeben, daß der Spielraum für Rohstoffinvestitionen in Entwicklungsländern sehr gering geworden ist, aber selbstbewußte Entwicklungsländer sind oftmals an einer ganzen Palette von Kooperationsmöglichkeiten mit unseren Firmen interessiert. Diesen Weg sollte man verstärkt beschreiten. Illusionen sind also fehl am Platze und klare Abgrenzungen notwendig.

Trotzdem kann die Entwicklungshilfe dort zur Rohstoffversorgung der BRD beitragen, wo das Interesse des Entwicklungslandes an der vorteilhaftesten Nutzung der eigenen Bodenschätze sich mit unseren Bezugsinteressen auf der Basis eines fairen Interessenausgleichs verknüpfen. Dauerhafte Partnerschaften werden aber nur gelingen, wenn auch das Zusammenspiel der Entwicklungshilfeinstrumente mit der Außenwirtschaft flexibel bleibt. Die Hilfe zur Selbsthilfe und Partnerschaft mit den Entwicklungsländern muß Maßstab bleiben, die vorhandenen anerkannten Kriterien der Bundesregierung der Förderung von Projekten brauchen nicht abgeändert zu werden. Auch das von Bundesminister Bahr vorgeschlagene Dreiecksmodell der Zusammenarbeit kann in diesem Bereich verstärkt mit Erfolg zum Tragen kommen. Wir haben genügend renommierte Institute und Firmen wie z.B. die Kreditanstalt für Wiederaufbau, DEG, GTZ sowie Consultfirmen, die hier aufgrund langjähriger Erfahrungen gute Dienste auf diesem Gebiet leisten.

Den bisher beschrittenen Weg sollten wir zügig und ohne Hast fortsetzen, im Bewußtsein, daß Entwicklungshilfe zur Rohstoffversorgung begleitend auch unseren Interessen dient.  
(-/ 13.5.1975/ks/pr)

+ + +

Modell für die Offenheit der EG

Europa-Sozialisten konferierten mit jugoslawischer Prominenz

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Wenige Kilometer von der italienischen Grenze entfernt liegt die kleine Stadt Portoroc, ein Urlaubsort, der sich inzwischen auch zu einem beliebten jugoslawischen Kongreßzentrum entwickelt hat. Hier führte die Sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments im Anschluß an ihre Studientage in Triest ein erstes Gespräch als multinationale Fraktion mit verantwortlichen Repräsentanten Jugoslawiens. Der Fraktionsvorsitzende Ludwig Fellermaier SPD-MdB nannte das Treffen ein "Experiment für beide Seiten".

Immerhin war für dieses politische Neuland ein großes Aufgebot nach Portoroc gekommen. Die Sozialistische Fraktion nahm nahezu geschlossen teil. Aus Deutschland war zusätzlich der Vorsitzende des Arbeitskreises Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, Kurt Mattick, angereist, und die Liste der jugoslawischen Teilnehmer weist so renommierte Namen wie Sinan Hasani, Vizepräsident der Bundesversammlung, Bogdan Doalnik, Vizepräsident der Abgeordnetenkammer, und Janko Smole, Mitglied des Bundesexekutivrates, auf. Daraus darf geschlossen werden, daß auch Belgrad großen Wert auf dieses Treffen gelegt und für eine hervorragende Besetzung gesorgt hatte. Andererseits wollten die EG-Sozialdemokraten die Offenheit der EG-Fraktion für Probleme der Drittländer zum Ausdruck bringen. Unter europäischer Einigung sei keinesfalls die Abkapselung der Gemeinschaft nach außen zu verstehen, wurde betont. Integration nach innen, aber auch gute Nachbarschaft mit den Anrainerstaaten: beides sei für die Gemeinschaft notwendig.

In den zahlreichen Gesprächen, in denen Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik die Hauptthemen waren, ging es unter anderem auch um die

Situation der jugoslawischen Gastarbeiter, zu der besonders der SPD-Abg. Rudi Adams Stellung nahm, und Informationen vom Wohnraum-Problem über den Arbeitsplatz bis zum Kindergeld gab.

Es war eine erste Zusammenkunft, die natürlich mit gewissen Anlaufschwierigkeiten zu kämpfen hatte. Sozialdemokraten aus acht Staaten - die Engländer fehlen bekanntlich noch immer in der Sozialistischen Fraktion - standen einheitlich orientierte Abgeordnete der jugoslawischen Bundesversammlung gegenüber. Auch war trotz der Bemühungen bei den Vorbereitungen nicht zu verkennen, daß das vorhandene Wissen um bestimmte Probleme zunächst noch vertieft werden mußte. Trotzdem darf dieses europäisch-jugoslawische Politiker-Treffen als Erfolg bezeichnet werden. Der Fraktionsvorsitzende Fellermaier faßte das Ergebnis so zusammen: "Die europäischen Sozialisten hoffen, daß der mit den jugoslawischen Politikern begonnene Meinungsaustausch zum Modell wird für engere Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den Volksvertretern in den Nachbarstaaten. Ein solcher Dialog hilft, die politischen Ziele und Motive auch von Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen besser zu verstehen und gleichzeitig Fragen von beiderseitigem Interesse zu diskutieren."

Die Sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments wollte Land, Politik und Leute kennen- und besser verstehen lernen. Am Beispiel Jugoslawiens begann ein neuer und wichtiger Versuch, der richtungweisend für die künftigen Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft zu europäischen Drittländern sein kann. Die Jugoslawen wollen in absehbarer Zeit den Besuch erwidern und die aufgenommenen Kontakte ausweiten. Eine Gegeneinladung wurde jedenfalls ausgesprochen und mit Interesse angenommen.

(-/13.5.1975/bgy/pr)

+ + +

## Bildungspolitische Zweigleisigkeit der CDU

### JU-Chef Wisemann kollidiert mit der CDU/CSU-Fraktion

Die Junge Union scheint die Presseerklärungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ihrer Abgeordneten nicht zu lesen. Nur so ist es zu verstehen, daß der Vorsitzende der Jungen Union, Mathias Wisemann, den Vorstellungen der sozial-liberalen Bundesregierung zur beruflichen Bildung wohl näher steht als den Ansichten seiner Parteifreunde, der CDU-Bundestagsabg. Göltner und Pfeifer. So setzte sich Wisemann für eine verstärkte Förderung des Berufsgrundschuljahres und die Einführung von überbetrieblichen Lehrwerkstätten ein. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Helmut Rohde, unterstützt die Bemühungen für den Ausbau des Berufsgrundschuljahres; allerdings fällt das in die Kompetenzen der Länder. Der JU-Vorsitzende begibt sich hier auf ein gefährliches Terrain, wenn er praktisch den Bund auffordert, mehr für das Berufsgrundschuljahr zu tun. Wisemann muß achtgeben, daß ihn seine Parteifreunde von der CDU/CSU nicht wegen verfassunggefährdender Rede schelten.

Auch Wisemanns Plädoyer für die überbetrieblichen Ausbildungsstätten werden die CDU/CSU-Abgeordneten Göltner, Pfeifer und Probst nicht gerne hören. Denn sie polemisieren einträchtig mit einigen Wirtschaftsvertretern gegen den Ausbau der überbetrieblichen Ausbildungsstätten. Der CDU/CSU-Nachwachspolitiker hat in seinem Interview nämlich das gefordert, was Bildungsminister Helmut Rohde für notwendig hält: den Ausbau der überbetrieblichen Ausbildungsstätten als Ergänzung zur betrieblichen Ausbildung. So steht es auch in dem Regierungsentwurf für ein neues Berufsbildungsgesetz.

Vergleicht man die Äußerungen des Vorsitzenden der Jungen Union mit denen der CDU/CSU-Bundestagsabg. Göltner, Pfeifer und Probst, so wird erneut deutlich, wie konzeptionslos die Unions-Parteien in der Diskussion um die berufliche Bildung sind. Das hat auch der hessische CDU-Vorsitzende Dr. Alfred Dregger erst vor wenigen Tagen wieder bewiesen. Er meinte, daß die CDU/CSU erst dann eine Alternative aufzeigen könne, wenn die Koalition eine Position besitze. Dregger ist es offensichtlich entgangen, daß die Koalition nicht nur eine Position hat, sondern daß bereits ein Regierungsentwurf für ein neues Berufsbildungsgesetz vorliegt. Deswegen kann die CDU/CSU nicht mehr lange ausweichen, sie wird bald Farbe bekennen müssen.

Auch der Vorsitzende der Jungen Union wird klar sagen müssen, ob er die Nein-Sager-Linie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ihrer bildungspolitischen Sprecher Göltner und Pfeifer unterstützt oder ob er seinen Parteifreunden entgegenzutreten will. Oder will die Nachwuchsorganisation der Unions-Parteien aus taktischen Gründen Positionen vertreten, die von der Opposition im Bundestag nicht geteilt werden? Vielleicht glaubt die Junge Union, mit ihren Forderungen die Jugendlichen bei der Stange halten zu können, während die CDU/CSU im Bundestag und im Bundesrat versucht, die Reform der beruflichen Bildung zu blockieren.

Dieter Hauser  
(-/13.5.1975/ka/ee)

\* \* \*

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller